



Mut zum Widerspruch. Mut zur Abrüstung. Gemeinsam gegen die atomare Bedrohung!

Die neun Atommächte gaben im Jahr 2025 knapp 119 Milliarden US-Dollar oder 3.768 Dollar pro Sekunde für ihre Nukleararsenale aus. Laut einem neuen ICAN-Bericht stiegen die Gesamtausgaben der Atomwaffenstaaten im Vergleich zum Vorjahr um 19 Prozent. Die Milliardeninvestitionen in atomare Aufrüstung gehen zulasten sozialer Sicherungssysteme, Klimaschutz, Gesundheit und Armutsbekämpfung. Aufrüstung und Militarisierung schaffen keine Sicherheit, sondern instabile Systeme, bei denen angesichts des enorm zerstörerischen Potenzials von Atomwaffen, autonomen Waffen und KI nicht beherrschbare Risikosituationen entstehen – bis hin zur Gefahr eines Atomkrieges. Sicherheit ist ein Friedensprojekt, kein Militarisierungs- oder Aufrüstungsprojekt.

Deshalb ist es umso wichtiger, sich gegen Atomwaffen zu positionieren. Aktuell sehen wir eher Rückschläge, aber das sollte uns nicht von den positiven Entwicklungen ablenken: Schon 99 Staaten haben den Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) unterzeichnet und fordern Fortschritte bei der nuklearen Abrüstung. Sie werden dabei von tausenden Parlamentarier*innen aus Atomwaffen- und verbündeten Staaten unterstützt. Deutschland sollte sich diesem konstruktiven Engagement anschließen und den Austausch mit dem Teil der Staatengemeinschaft suchen, der auf Abrüstung und gemeinsame Sicherheit setzt.

Die IPPNW fordert die Bundesregierung auf, als Beobachterin an der nächsten Staatenkonferenz in New York teilzunehmen und einen Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag vorzubereiten. Statt Kooperationen in der Atomwaffenpolitik mit Frankreich zu verfolgen oder über eigene nukleare Fähigkeiten zu debattieren, sollte Deutschland zudem Initiativen zur nuklearen Rüstungskontrolle und Abrüstung vorantreiben.

IPPNW – Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e.V.

Bitte unterstützen Sie das Engagement der IPPNW mit einer Spende:

IPPNW e.V., GLS Gemeinschaftsbank, IBAN: DE23 4306 0967 1159 3251 01, BIC: GENODEM1GLS
Stichwort: Hiroshimataag



Die IPPNW widerspricht Überlegungen zu einer deutschen Atombombe. Wir sehen zudem, dass die Gefahr eines Atomkrieges durch den zunehmenden Einsatz von künstlicher Intelligenz steigt. So werden Vorwarnzeiten massiv verkürzt und Desinformationen können unkontrolliert generiert werden. Das erhöht die Gefahr eines Atomkrieges aus Versehen.

Vor 30 Jahren, am 8. Juli 1996, veröffentlichte der Internationale Gerichtshof ein Gutachten über die Anwendung von Atomwaffen, das bis heute für die Auslegung des geltenden Völkerrechts maßgebliche Bedeutung hat. Initiiert wurde dieses wegweisende Gutachten durch das „World Court Project“ – eine internationale zivilgesellschaftliche Kampagne, die unter anderem von der IPPNW und IALANA organisiert und gefördert wurde.



Hissung der Friedensflagge am Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg, 7.7.2025. Foto: IPPNW

Die Kernaussage des Gutachtens war und ist deutlich: Die Androhung und der Einsatz von Atomwaffen verstoßen generell gegen die in bewaffneten Konflikten geltenden Regeln des Völkerrechts und insbesondere gegen die Grundsätze und Regeln des Humanitären Völkerrechts.

Dennoch erleben wir heute, wie die Atomwaffenstaaten ihre nuklearen Arsenale modernisieren und aufstocken. Sie setzen weiterhin hartnäckig auf das Konzept der nuklearen Abschreckung und verletzen damit ihre vom IGH bestätigte, völkerrechtliche Verpflichtung, nuklear abzurüsten. Damit tragen sie dazu bei, dass die Gefahr eines Atomwaffeneinsatzes heute so hoch ist wie noch nie. Dies mahnten zuletzt wieder die Expert*innen des „Bulletin of the Atomic Scientists“ an, als sie die Zeiger der Doomsday Clock im Januar erneut vorrückten.

Wir erleben zur Zeit nicht nur eine Zunahme von Kriegen weltweit, sondern auch eine Unterminierung notwendiger internationaler Kooperation. Die Gründung der UN und die Verabschiedung der UN-Charta nach dem 2. Weltkrieg waren eine globale Errungenschaft zur Erhaltung des Friedens und der Kooperation zwischen den Völkern. Aktuell wird die UN finanziell und politisch jedoch entscheidend geschwächt. Das beschädigt auch die im Rahmen der UN geschlossenen Verträge wie den Atomwaffenverbotsvertrag.

////////// Infragestellung des Geistes des NPT

81 Jahre nach Hiroshima und Nagasaki bröckelt das nukleare Tabu. Obwohl der Nukleare Nichtverbreitungsvertrag (NPT) die Norm der Nichtverbreitung gesetzt hat, wird in mehreren Nicht-Atomwaffenstaaten entgegen ihrer Verpflichtung über die Beschaffung von Atomwaffen diskutiert – auch in europäischen Ländern. Im März 2026 kündigte der französische Präsident Macron die Aufstockung des französischen Atomarsenals an sowie gemeinsame Atomwaffenübungen mit Deutschland und weiteren Partnern. Die Bundesregierung hält an der nuklearen Teilhabe im Rahmen der NATO fest und sucht gleichzeitig eine stärkere Einbindung unter einem französischen Nuklearschirm. Selbst die atomare Bewaffnung Deutschlands wird hierzu-

lande wieder diskutiert, obwohl Deutschland den NPT unterzeichnet hat und sich im 2+4-Vertrag zur deutschen Einheit zum Verzicht auf Atomwaffen verpflichtete. Die 11. Überprüfungskonferenz zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen im Mai 2026 endete ohne ein gemeinsames Abschlusssdokument. Positiv ist aus unserer Sicht das starke Engagement der atomwaffenfreien Staaten und der Zivilgesellschaft. Staaten wie Österreich, Irland, Südafrika oder Mexiko traten als deutliche Fürsprecher des Atomwaffenverbotsvertrages auf. Sie erinnerten die Atomwaffenstaaten an ihre Abrüstungsverpflichtungen aus Artikel VI des NPT und machten deutlich, dass nukleare Abschreckung keine nachhaltige Sicherheitsstrategie sein kann.



Ende des INF-Vertrages

Rüstungskontrollverträge, direkte Kommunikationskanäle und verlässliche Vereinbarungen reduzierten im „Kalten Krieg“ das Risiko eines unbeabsichtigten Krieges. Der 1987 zwischen den USA und der UdSSR geschlossene INF-Vertrag (Intermediate Range Nuclear Forces Treaty) beseitigte landgestützte atomar bewaffnete Raketen und Marschflugkörper mit einer Reichweite von 500 bis 5.500 Kilometern. Er galt als historischer Meilenstein der Abrüstung und Pfeiler der europäischen Sicherheit, bis die USA und Russland sich gegenseitig Vertragsverletzungen vorwarfen und im Jahr 2019 austraten.

Der INF-Vertrag war der Erkenntnis geschuldet, dass eine Mittelstreckenwaffenstationierung in Europa Unsicherheit schafft und die Kriegsgefahr erhöht, statt sie zu reduzieren. Er leistete einen wichtigen Beitrag zur Reduktion von Eskalationsrisiken, schuf die Grundlage eines weiterführenden Dialogs und war ein wichtiger Schritt zum Ende des „Kalten Krieges“.

Wir brauchen jetzt eine Rückkehr zu Abrüstungsvereinbarungen unter der Verantwortung der Vereinten Nationen, die das Verbot von Mittelstreckenraketen in Europa regeln. So sollten sich die Bundesregierung und die EU im Rahmen der Verhandlungen zum Ukraine-Krieg dafür einsetzen,

dass die russischen Raketen aus Kaliningrad und Belarus abgezogen werden. Im Gegenzug könnte das Ende der „nuklearen Teilhabe“ geregelt werden. Es verstößt aus Sicht der IPPNW gegen das Völkerrecht, da in Deutschland Atomwaffen stationiert sind, obwohl die Bundesregierung sich unter dem Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag verpflichtet hat, auf Besitz und Verfügungsgewalt dieser Massenvernichtungswaffen zu verzichten. Spätestens die Übergabe der Atomwaffen an die deutsche Bundeswehr zwecks Abwurf wäre ein solcher Verstoß, selbst wenn der Befehl dazu aus den USA kommt.



Keine Mittelstreckenwaffen, nirgends! Demo am 30.5.2026 in Wiesbaden.
Foto: Netzwerk Friedenskooperative

Geplante Stationierung von Mittelstreckenraketen und massive deutsche Aufrüstung

Politik und Medien verengen den Diskurs zunehmend auf die ausschließlich militärische und gewaltsame Lösung von Konflikten. Die gegenwärtige massive konventionelle Aufrüstung erhöht die allgemeine Kriegsgefahr. Damit steigt auch die Gefahr der Eskalation zu einem Atomkrieg. Das gilt insbesondere für den geplanten Kauf beziehungsweise die Entwicklung von Mittelstreckenwaffen durch die Bundesregierung und EU-Staaten. Mittelstreckenwaffen sind Angriffswaffen. Deshalb wirken diese Systeme destabilisierend und führen zu einem Klima der ständigen Unsicherheit.

Wir sehen die konkrete Gefahr, dass schon eine Stationierung dieser hyperschnellen und zielgenauen Waffen mit konventionellen weitreichenden Sprengköpfen als Bedrohung für die nukleare Infrastruktur eines Gegners wahrgenommen werden und einen „Präventivschlag“ provozieren könnte. Dass die USA jetzt vorerst keine Mittelstreckenwaffen in Deutschland stationieren, muss daher als Gelegenheit für neue Initiativen zur internationalen Rüs-

tungskontrolle und Abrüstung betrachtet werden. Der DGB hat auf seinem Bundeskongress eine Stationierung von Mittelstreckenwaffen kritisiert, da durch sie „eine gefährliche Dynamik“ drohe und – anders als noch beim NATO-Doppelbeschluss von 1979 – „keinerlei Angebot an Russland für Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen“ gemacht wurden. Auch das Friedensgutachten empfiehlt der Bundesregierung ein Stationierungsmoratorium für neue landgestützte Raketen im ehemaligen INF-Reichweitenbereich anzustreben. Mehr als die Hälfte der Befragten (54 Prozent) befürworten in einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov, dass die Bundesregierung sich für internationale Vereinbarungen zur Begrenzung landgestützter Mittelstreckenwaffen einsetzt.

Die deutsche IPPNW engagiert sich in der Kampagne „Friedensfähig statt erstschlagfähig“ gegen die Aufstellung von Mittelstreckenwaffen. Mehr unter: www.friedensfaehig.de

Werben Sie für Frieden und Abrüstung!



Überleben bedeutet Widerstand leisten

Die Broschüre „Überleben bedeutet Widerstand leisten“ gibt einen ausführlichen Überblick über die Folgen der Atomwaffentests weltweit. Die Broschüre enthält unter anderem Informationen zu den betroffenen Regionen. Überlebende berichten über die gesundheitlichen Auswirkungen von Atomtests, über ihren Kampf für Aufklärung und Gerechtigkeit. DIN A4, Farbe.

Erhältlich ab dem 6. August 2026
(Hiroshima-Gedenktag) unter:

shop.ippnw.de

Hibakusha/Survivors – Überlebende von Atomwaffen

Das vierseitige Faltblatt erläutert die Folgen von Atomwaffen für die Überlebenden und lässt Betroffene zu Wort kommen. DIN A4, Farbe.

Bestellbar unter:

ippnw.de/bit/survivors



IPPNW-Stellungnahme zur Friedensdenkschrift der EKD

Massenvernichtungswaffen im Namen der Kirche?

Die IPPNW kritisiert in einer Stellungnahme die im November 2025 veröffentlichte Friedensdenkschrift „Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick“ der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Auf vier Seiten kritisiert die IPPNW besonders, dass die Denkschrift den Besitz von Atomwaffen, die Abschreckungslogik und die nukleare Teilhabe zu rechtfertigen versucht.

Wir ermutigen alle Mitglieder und Interessierten, die Stellungnahme in ihren Kirchengemeinden auszulegen und dazu zu nutzen, über friedenspolitische Positionen und Atomwaffen ins Gespräch zu kommen.

Bestellbar unter:

ippnw.de/bit/ekd

